

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezüge-  
r keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1000: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 1/2, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 1/2; amtlich 1 mm  
30 1/2 und 24 1/2; Reklame 25 1/2. Tabellarische Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleintrittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 166

Sonnabend, den 19. Juli 1930

82. Jahrgang

## Der Wahlkampf beginnt

Die ersten Wahlaufreufe der Parteien

Reichstagswahl endgültig auf den 14. September festgelegt — Pressestimmen zur Auflösung — Aufruf der Reichsregierung

### Der Wahlspruch der Deutschen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt einen Aufruf, in dem sie folgendes erklärt: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen schweren Kampf gekämpft für ein großes Reformprogramm: zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft, zur Rettung von Millionen Menschen aus Arbeitslosigkeit und Elend, zur Gesundung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden. Was sie erstrebte, hat sie nicht völlig erreicht. Erreicht aber hatte sie, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen wirkungsvoll ergänzt wurden durch Stärkung des Verantwortungsbewußtseins für Sparsamkeit in den Gemeinden mit dem Ziel der Entung der erdrückenden Realsteuern, wofür die Fraktion seit Jahr und Tag kämpfte. Durch die Reichstagsauflösung sind diese bedeutenden Reformen in Frage gestellt. Im Einklang mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat Reichskanzler Brüning die feierliche Verpflichtung zur Durchführung eines großzügigen Reformprogramms für die Herbstmonate übernommen. Hinter diesen Worten des Reichskanzlers steht die ehrwürdige Person des Reichspräsidenten von Hindenburg. Wenn sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in dieser Stunde in alter Treue dem Reichspräsidenten zur Verfügung stellt, und der von ihm mit allen Vollmachten ausgestatteten Regierung ihre Unterstützung leiht, so tut sie dies in dem Bewußtsein der Verantwortung für die Gesamtheit des deutschen Volkes, das ihr zu allen Zeiten höher stand als jede parteipolitische Rücksicht. Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung, das soll unser Wahlspruch sein.“

### Die Wirtschaftspartei ist zuversichtlich.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei trat nach der Auflösung des Reichstages zu einer letzten Fraktionsversammlung zusammen. Der Fraktionsvorsitzende Dreßler betonte, die Wirtschaftspartei habe in der kurzen Zeit ihrer Regierungszugehörigkeit mit allen Kräften und auch mit Erfolg sich bemüht, den Interessen des werktätigen Mittelstandes in Stadt und Land stärkere Berücksichtigung in der Gesetzgebung zu verschaffen. Ihre erfolgreiche Tätigkeit ermögele es der Wirtschaftspartei, mit den besten Erfolgsaussichten in den Wahlkampf einzutreten.

### Erklärung der Bayerischen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat in ihrer letzten Fraktionsversammlung eine Kundgebung beschlossen, in der es u. a. heißt: „Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat es abgelehnt, die Verordnungen der Reichsregierung aufzuheben, und war entschlossen, die Weiterarbeit des Reichstages zu ermöglichen. In der Sicherung der Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden erblickt sie die notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung und Festigung des Vertrauens zu unserer Finanz- und Wirtschaftsentwicklung. In dieser Überzeugung hat die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei sich stets eingesetzt für die Festigung des Reiches unter Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Länder, wie der Selbstverwaltung und Lebensfähigkeit der Gemeinden. Sie kann getroßt vor ihre Wähler treten und erneut um ihr Vertrauen für die Zukunft werben.“

### Das Zentrum erklärt:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Freitag nachmittags zu einer letzten Sitzung zusammen, in der zum Ausdruck kam, daß der bevorstehende Wahlkampf wohl einer der schwersten werden würde. Dem Reichskanzler Dr. Brüning und den übrigen Zentrumsministern wurde der Dank der Fraktion für ihren Opfermut und ihre seltene Pflichterfüllung ausgesprochen. — Reichskanzler Dr. Brüning stellte fest, daß das Zentrum auch die Regierung Müller unterstützte, dafür aber schlechten Dank geerntet habe. Das Zentrum werde den Wahlkampf nicht defensiv, sondern aggressiv führen müssen, um so mehr, als das Zentrum auch in der Zukunft der ruhende Pol sein werde. Dem Zentrum werde auch im neuen Reichstag entscheidende Bedeutung zukommen.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums ist für Dienstag, den 29. Juli, nach Berlin einberufen. Er wird den offiziellen Wahlauftrag der Zentrumsfraktion erteilen.

### Die Demokraten zur Reichstagsauflösung.

Die demokratische Reichstagsfraktion erläßt eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „In gefährlichster Lage von Volk und Wirtschaft hat der Reichstag keine Mehrheit für das notwendige Gesundungsprogramm aufgebracht. Der Reichstag hinterläßt ein Trümmerfeld. Wir haben vor Augen gehabt, daß das Volk vom Parlament Laten verlangt, und wir haben deshalb unter Zurückstellung von Wünschen und Bedenken alles versucht, um die Parteien zu praktischer Arbeit zusammenzuführen. Wir haben ebenso alles versucht, um die Anwendung der äußersten Notmaßnahme, die die Verfassung kennt, zu verhüten. Aber, das eine Not vorhanden ist, die nach dem Verlangen des Parlaments diese äußerste Notmaßnahme rechtfertigt, ist unverkennbar. Die schwer bedrohten Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden, die Millionen von Arbeitslosen, der Zusammenbruch wertvoller Existenzen, die Verzweiflung wichtiger Berufsstände sprechen eine deutliche Sprache. Ein Parlament, das nicht fähig ist, die Sorge für gesunde Finanzen über Parteinteressen zu stellen, untergräbt nicht nur die Grundlage der eigenen Existenz, sondern gefährdet Staat und Volk, Kultur und Wirtschaft. Darüber zu zögern, ist das deutsche Volk jetzt berufen. Es muß beweisen, daß es kein Interessenthaufen, sondern ein Staatsvolk ist. Es muß den arbeitsfähigen Reichstag schaffen!“

### Die Sozialdemokraten zum bevorstehenden Wahlkampf.

Sofort nach der Auflösung des Reichstages versammelte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer besonderen Sitzung. Sie wurde lediglich mit einer Ansprache des Parteivorstehenden, Abg. Otto Wels, ausgefüllt, der u. a. ausführte: Es bestehe kein Zweifel, daß die Situation von den bürgerlichen Parteien absichtlich herbeigeführt worden sei. Sie wollten die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierungsgewalt. Insofern bedeute die Auflösung des Reichstages einen neuen Abschnitt des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Die Aufgaben des Wahlkampfes seien für die Sozialdemokratie durchaus günstig.

### Austritt aus der Deutschnationalen Partei.

Der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wallraf hat an den Parteivorstehenden Hugenberg ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er sein Amt im Parteivorstand niederlege und gleichzeitig aus der Partei austrete, da er die vom Parteivorstehenden getriebene Politik mit seinem persönlichen Verantwortungsbewußtsein nicht mehr zu vereinbaren vermöge. — Mit ähnlicher Begründung wie der Abg. Wallraf hat auch der Abg. Dr. Häßlacher sein Amt im deutschnationalen Parteivorstand niedergelegt und seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt.

### Reichstagswahl endgültig festgelegt

Am Sonntag, dem 14. September

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichspräsidenten durch Verordnung den Termin für die Neuwahl des Reichstages auf Sonntag, den 14. September dieses Jahres, festgelegt.

### Die Frage des 14. September

Aufruf der Reichsregierung

Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung über Außerkraftsetzung der Verordnungen, ausgestellt am 18. Juli, sind auf Verlangen des Reichstages die Notverordnungen vom 16. Juli außer Kraft gesetzt worden. Die Verordnung trägt die Unterschrift des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers Brüning und des Reichsfinanzministers Dietrich. Die Reichsregierung erläßt gleichzeitig folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Der Reichstag hat die Mittel verweigert, deren das Reich zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf. Die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind von einer geringen Mehrheit abgelehnt worden, die in sich uneinig und zur

Übernahme der Verantwortung nicht fähig ist. An das Volk ergeht jetzt der Ruf, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Will das deutsche Volk der Reichsregierung verjagen, was zur Ordnung der Finanzen, zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung der sozialen Verpflichtungen nötig ist? Das ist die Frage des 14. September. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß Reich Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können.

Gezeichnet ist der Aufruf vom Reichskanzler und von sämtlichen Reichsministern.

### Der Reichskanzler fährt nicht ins Rheinland

Er muß an der Notverordnung arbeiten

Sicherem Vernehmen nach nimmt Reichskanzler Brüning angesichts der durch die Aufhebung der Notverordnung geschaffenen Lage nicht an der Rheinlandreise des Reichspräsidenten teil. Er wird vielmehr die nächsten Tage dazu benutzen, um gemeinsam mit dem Finanzminister Dietrich die neue Notverordnung auszuarbeiten.

### Derliche und Sächsisches Den Daheimgebliebenen.

Mit etwas Behmut im Herzen schauen die „Zurückgebliebenen der Großen Ferien“ den mit Koffern und Körben belasteten „Heimflüchtigen“ nach: „Die haben's gut — uns zwingt der Geldmangel in die allgewohnten Mauern.“ — Und als hätten die alten Pfastersteine an allem schuld, tritt der Fuß etwas energischer auf als sonst, und die Augen wollen gar keinen freundlichen Blick übrig haben für das „alte Nest“.

Kluge, verständige, liebe Menschen werden in solchen Stunden des Mißmutes zu greinenden Kindern, die das liebste Spielzeug in die Ecke werfen und der Großmutter antworten, wenn sie Märchen erzählen möchte: „Nein — ich will nicht.“ — Solchen Eigensinn nimmt man aber trotz allen Sträubens liebevoll an die Hand und führt ihn so ganz sanft, ohne aufdringliche Rederei, in dem „alten Nest“ herum. Und genau, wie die Fee im Märchen, löst man Trost und Eigensinn aus dem Herzen. Da gehen auch die brummigen Gedanken weg, und die Augen sehen so ganz anders in die Welt. Und sie fangen an, die Gedanken zu fragen, ob sie sich wohl erinnern, jemals so viel Schönheit im Heimatstädtchen gesehen zu haben? Die wissen aber nichts, denn kein Pulschlag hatte es in den Gedächtnisstreifen getragen, mit milder Gleichgültigkeit hatten die Augen das „täglich Gewohnte“ hingenommen.

Die alten Giebel und Schnörkel der Häuser erzählten gar viele Geschichten, aus alten Winkeln raumt es von Tagen der Not und Tagen der Lust und Freude. Jahrhundert alte Bäume, die die Promenaden einsäumen, haben ihre Äste wie Hände gereicht und sie fest ineinander verschlungen, als hätte es Zeiten gegeben, da sie einander Halt suchten, um zu ertragen, was sie sahen. — Der schmale Steg über den Mühlbach knarrt immer noch so ärgerlich, als zu jener Zeit, wo die jungen Füße im goldenen Reichtum hinüber sprangen. — Auf der Wiese am Bach wurden die Maienkränze gewunden und vom Laub der fast abgetroffenen Eide die Heldenscharpen geflochten. . . . Jährlich streicht der Blick die Heimplätze. — Das Jugends, das Kinderlied . . .

Wer will noch als der vom Glück Bergessene erscheinen, weil er nicht hinaus in die Sommerfrische darf? Ein leises Schämchen will aufkommen, daß wir den Ort, der uns am meisten gegeben, der unseren tiefsten Regungen gelauscht, der uns seine ganze Schönheit in stiller, nachdenklicher Stunde offenbarte, so hintanziehen und so vor fremden Städten erniedrigen konnten.

M. Gröhn.

Pulsnitz. Martenschießen. Das bei Alt und Jung beliebte Volksfest, das Martenschießen, ist herangerückt und die Zell- und Budenstadt auf dem Schützenplatz wird morgen ihre Pforten öffnen. Ein Riesenschiff, verschiedene Karussells, ein Lachkabinett, Schießbude, Kasperle und andere Belustigungen sowie allerhand andere Verkaufsstände werden in Genüge für Unterhaltung sorgen. Auch für das leibliche Wohl wird das Schützenhaus- und Ratskellerzelt, sowie die Pfefferkuchen, Waffeln- und Fischverkaufsstände in reichem Maße besorgt sein. Damit die Jugend bei diesem Feste auf ihre Kosten kommt, findet am Sonntag im großen Saale und im Schützenhauszelt Tanz, sowie am Dienstag nach dem Kunstfeuerwerk öffentlicher Festball im großen Saale des Schützenhauses, statt

